

Vorwort

Am 17. Februar 2008 hat das Parlament in Pristina die Unabhängigkeit des Kosovo ausgerufen. Der 47. Staat in Europa spaltete damit nicht nur Serbien, sondern auch die internationale Gemeinschaft. Die Gegner der Sezession berufen sich auf das Völkerrecht, auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki und auf die UN-Resolution 1244 aus dem Jahr 1999, die die territoriale Integrität Jugoslawiens garantiert. Die Befürworter der Unabhängigkeit argumentieren mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht, mit von Serbien verletzten Menschenrechten der kosovo-albanischen Mehrheitsbevölkerung vor dem NATO-Angriff des Jahres 1999 und mit dem Recht des Stärkeren danach.

Als Präzedenzfall einer einseitig deklarierten Grenzverschiebung setzte die Entwicklung im Kosovo einen völkerrechtlichen und politischen Schlussstrich unter die europäische Nachkriegsentwicklung, die auf der Unverletzlichkeit staatlicher Souveränität basierte. Die unmittelbar erfolgte Anerkennung der einseitig ausgerufenen Unabhängigkeit des Landes durch die wichtigsten westlichen Staaten sowie die Verweigerung desselben Schrittes durch Russland, China und die Mehrzahl der Staaten dieser Welt führte zum Phänomen einer doppelten Wahrnehmung staatlicher Existenz. Der Bruch des Völkerrechts in Hinblick auf territoriale Souveränität bildete zudem den Auftakt für staatliche Neuordnungen an der postsowjetischen Peripherie. Moskaus Politik im Kaukasus folgte einer von der NATO angestoßenen imperialen Logik, die auf militärischer Macht beruht und doppelte Standards nicht scheut.

Kosovo startet als „gescheiterter Staat“ in eine neue Epoche. Die Kernelemente seiner Wirtschaft funktionieren nicht, sozialer Aufstieg findet zwischen Schwarzmarkt und Massenemigration statt und seine politische Elite steht unter äußerem Druck. Dies in Rechnung stellend, war von Seiten Washingtons und Brüssels niemals an eine echte Selbstbestimmung gedacht. Der von der UNO verworfene und gleichwohl von den USA und der EU in Kraft gesetzte Ahtisaari-Plan schreibt eine „überwachte Unabhängigkeit“ vor, die sowohl Legislative als auch Exekutive in fremde Hände legt. Militärisch herrscht die von den USA geführte KFOR-Truppe, zivil wird das Land mittels allerlei Kürzeln unter der Schirmherrschaft der UNO von der Europäischen Union verwaltet.

Der Übergang vom UN-Protectorat zur EU-Kolonie passiert schleichend. Eine „Koalition der Willigen“ abseits der UNO bestimmt über das Schicksal des kleinen, knapp zwei Millionen Einwohnerinnen zählenden Landes. Von der Rechtsprechung über die politische Verwaltung bis zur polizeilichen und militärischen Exekutive öffnet sich ein weites Experimentierfeld für hauptsächlich westeuropäische und nordamerikanische Institutionen. Gesellschaftliche Abläufe jenseits bürgerlicher Gewaltenteilung und demokratischer Selbstbestimmung können nach erfolgreichen Probeläufen im Kosovo später anderswo Platz greifen.

Zum besseren Verständnis der aktuellen Situation wird im ersten Teil des Buches die Geschichte des Landes von der 500 Jahre dauernden osmanischen Fremdherrschaft über die verschiedenen Befreiungsansätze bis zur serbisch-

nationalen Epoche im 20. Jahrhundert nachgezeichnet. Die Eingliederung des Kosovo in das titoistische Jugoslawien sowie dessen katastrophales, von Bürgerkriegen gezeichnetes Ende werden ebenso behandelt wie die hinter der kosovarischen Unabhängigkeitsbestrebung stehende „albanische Frage“.

Die spezifische Geschichte des Balkans ist es auch, die mich veranlasst hat, die Entwicklung Kosovos als eine „Rückkehr zum Kolonialismus“ zu bezeichnen. Damit ist freilich nicht die von den westeuropäischen Großmächten betriebene asiatische und afrikanische Kolonialpolitik des 18. und 19. Jahrhunderts gemeint, sondern die Fremdherrschaft in ihren unterschiedlichen Arten, wie sie für die Balkanhalbinsel bis zum Ersten Weltkrieg prägend waren. Erinnerung sei hierbei an die nach dem Rückzug der Osmanen erfolgende Neuordnung des Raumes, die politisch von außen betrieben wurde, um den Interessen der damaligen Großmächte zum Durchbruch zu verhelfen. Die neuerliche Verzahnung von militärischer Präsenz, politischer Oberherrschaft und wirtschaftlicher Macht in den Händen auswärtiger Institutionen schließt in diesem Sinn an koloniale Traditionen an.

Zuletzt sei noch ein kurzer Verweis auf die Schreibweise von Ortsnamen erlaubt. Ich habe versucht, historisch jeweils möglichst passend serbische und albanische Bezeichnungen parallel zu gebrauchen. Dies beginnt bereits beim Namen des Landes selbst, das auf Serbisch Kosovo und auf Albanisch Kosove bzw. Kosova genannt wird. Die Form der Verwendung enthält eine historische und politische Sichtweise, die unumgänglich, aber auch beabsichtigt ist.

All jenen, die mir dabei geholfen haben, mich auf dem glatten Parkett unterschiedlicher nationaler Geschichtsschreibung und Gegenwartsdarstellung aufrecht zu halten, sei gedankt. Nötig waren mir diese vielen Freundinnen und Kolleginnen sowohl bei der Literatursuche an meinen Schreibtischen in Wien und Gmünd als auch anlässlich zahlreicher Recherchen vor Ort in Prishtine, Beograd und Tirane. Ihnen gilt meine Dankbarkeit.

Hannes Hofbauer

Wien, am 1. September 2008

Rezension

Mafia-Eldorado:

Hannes Hofbauer hat die Geschichte des Kosovo untersucht

Von Jörg Friedrich, *junge Welt*, 17.11.2008

Am 17. Februar 2008 rief das in der Stadt Pristina tagende Regionalparlament des formell zu Serbien gehörenden NATO-Protectorats Kosovo die Unabhängigkeit des Landes aus. Der österreichische Historiker Hannes Hofbauer hat – ausgehend von der dieser Erklärung – die Geschichte der Region zum Thema seines neuen Buches »Experiment Kosovo« gemacht.

Der Autor geht weit in die Geschichte zurück. Für Serbien gilt das Kosovo (deutsch: Amselfeld) nicht zu Unrecht als Kerngebiet des mittelalterlichen Feudalstaates, den sich im 14. Jahrhundert das Osmanische Reich einverleibte. Hofbauer weist nach, daß das Kosovo aber schon damals multiethnisch war – wie der gesamte Balkan. An der Seite des serbischen Ritterheeres kämpften in der Entscheidungsschlacht des Jahres 1389 auch Kontingente anderer Völkerschaften – darunter der Großvater des späteren albanischen Nationalhelden Gjergj Kastrioti, genannt Skanderbeg. Die Osmanen regierten nach dem Prinzip »teile und herrsche«, privilegierten zum Islam konvertierte albanische Stämme, die dafür häufig Opfer aufständischer Serben wurden. Der Aufstand von 1690 endete mit einem massenhaften Exodus der serbischen Bevölkerung aus dem Kosovo.

Interessensphären

Hofbauer beschreibt den serbischen und den albanischen Nationalismus als Produkte der bürgerlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Unter dem Deckmantel des zunehmend verrottenden osmanischen Feudalreiches bildeten sich Keimzellen der bürgerlichen Moderne heraus. Das Konzept von Nationalstaat nach westlichem Vorbild hatte auf dem ethnisch zerrissenen Balkan eine endlose Kette von Vertreibungen und Ethnogemetzeln zur Folge. Hinzu kam die Einmischung ausländischer Mächte, die das Erbe des »kranken Mannes am Bosphorus« unter sich aufteilten. Im Kosovo stießen schon Ende des 19. Jahrhunderts die Interessensphären Rußlands und der Westmächte zusammen. Um ersteren den Zugang zum Mittelmeer zu verwehren, wurde 1913 von einer »internationalen Kommission« das Königreich Albanien ins Leben gerufen – mit einem deutschen Fürsten als Monarchen. Das Kosovo wurde dagegen serbisch. Im Wirrwarr der nächsten Kriege kam es zur wechselseitigen Vertreibung serbischer und albanischer Bevölkerungsgruppen, bis nach dem Sieg der multiethnischen kommunistischen Partisanenarmee im Jahre 1945 eine Periode nationaler Ausöhnung begann; das Kosovo wurde autonomes Gebiet im Rahmen der neu konstituierten Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Die geplante Bildung einer »Balkanförderer« unter Einschluß Albaniens und Bulgariens scheiterte allerdings am Widerspruch Stalins.

Hofbauer weist nach, daß Titos Partisanen weitgehend auf Racheakte an Kollaborateuren verzichteten, die albanischsprachige Bevölkerungsmehrheit des Kosovo akzeptierten. Während der »sozialen Epoche« blieb das Kosovo zusammen mit Bosnien und Mazedonien allerdings das »Armenhaus Jugoslawiens«. Obwohl jährlich Milliardensummen aus dem Haushalt der reicheren Teilrepubliken in einen Fonds zur Förderung der unterentwickelten Regionen landeten, gelang es nicht, das Wirtschaftsgefälle zwischen den Teilrepubliken auszugleichen. Der damit einhergehende niedrige Lebensstandard rief eine latente Unzufriedenheit bei Teilen der albanischen Bevölkerung hervor und bildete den Nährboden für separatistische Bestrebungen.

Die Sezession der reichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien aus der jugoslawischen Föderation 1990/91 leitete den blutigen Zerfall des Staatenbundes

ein. Massenhafte Arbeitslosigkeit beförderte im Kosovo die Entstehung einer kriminellen Schattenwirtschaft, die sich mit der großalbanisch-nationalistischen »Kosovo-Befreiungsarmee« UCK im Jahre 1994 schließlich einen militärischen Arm schuf. Die Kontrolle über ganze Landstriche erlangte die UCK dank des Eingreifens der Westmächte. Auf Druck der OSZE zog die Belgrader Regierung im Oktober 1998 ihre Truppen weitgehend aus dem Kosovo zurück. Die sofort einsetzende Offensive der UCK, ihr Kampf gegen Polizei und Bundesarmee lieferten 1999 den Anlaß für den Angriff der NATO. Nach dem Bombenkrieg der westlichen Kriegsallianz mußte sich die jugoslawische Armee schließlich endgültig aus dem Kosovo zurückziehen. Die daraufhin eskalierenden nationalistischen Exzesse führten zu einer fast vollständigen Vertreibung der nichtalbanischen Bevölkerungsgruppen.

Ökonomisches Desaster

Hofbauer liefert in dem Buch ein anschauliches Bild des gegenwärtigen Kosovo. Er weist nach, daß sich die Sezession der kosovo-albanischen Nationalisten als ökonomisches Desaster erwies. Die bereits stark angeschlagene Industrie brach völlig zusammen. Infolge der politischen Trennung zerrissen Vertriebs- und Absatznetze, wurden funktionierende Unternehmen stillgelegt. Tausende Einwohner des albanischen »Mutterlandes« siedelten in das Kosovo über, eigneten sich dort zumeist Ländereien vertriebener nichtalbanischer Dorfbewohner an.

Der Autor schildert anschaulich, daß die Kontrolle über das Kosovo seitdem in den Händen der organisierte Kriminalität liegt. Politische Parteien fungieren im wesentlichen als Aushängeschilder von Mafiaclans; die von der EU installierte Protektoratsverwaltung verfügt weder über wirtschaftspolitische Kompetenz noch über nennenswerte Verankerung in der Bevölkerung. Unter den Augen der NATO-Truppen entwickelte sich das Territorium zu einem Eldorado für Kriminelle aller Schattierungen: Die UCK und ihre Nachfolgestrukturen finanzieren sich im wesentlichen durch Schutzgelderpressung, Rauschgift- und Frauenhandel.

Zum Vokabular des zerbröselnden Systems der westlichen Moderne zählt seit geraumer Zeit der Begriff »gescheiterter Staat«. Gemeint sind Territorien, die mangels funktionierender Volkswirtschaft über keinen Staatsapparat mehr verfügen. Mit der Anerkennung des Kosovo haben EU und NATO einen schon im Vorfeld nicht funktionierenden Staat mit einer zweifelhaften Souveränität beehrt. Man darf gespannt erwarten, wie lange die merkwürdige Koexistenz von krimineller Schattenwirtschaft und westlicher Kolonialverwaltung andauern wird.